

# Wie weiter?

Autor(en): **Geissberger, Werner / Gerwig, Andreas / Ginsburg, Theo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **3 (1984)**

Heft 4: **SES : wie weiter?**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586752>

## **Nutzungsbedingungen**

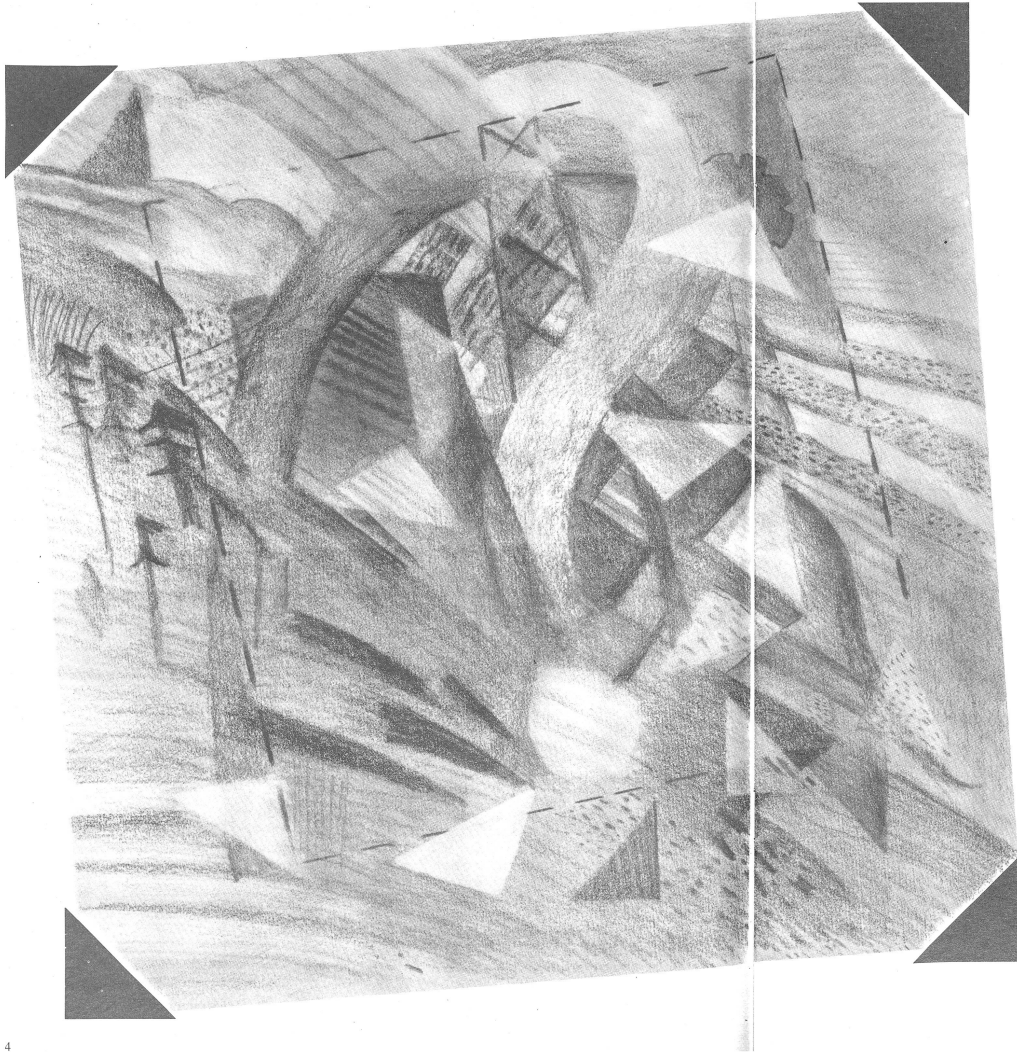
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die Abstimmung über die Atom- und Energie-Initiative ist vorbei, das Resultat bekannt: für uns eine Niederlage. Tatsächlich eine Niederlage? Oder eher ein Phyrussieg unserer Gegner? Wie soll es nun weitergehen? Hat die Energiestiftung in diesem veränderten Umfeld überhaupt noch eine Aufgabe?

# Wie weiter?

## Lieber SES als SOS...

Captain Kohn war nicht gewillt, die Motoren zu drosseln: Mit aller Energie und vollem Dampf voraus, kein Jota vom alten Kurs abweichend – dem Eisberg entgegen. Zwar schwante selbst dem sonst so linientreuen Beobachter im hochgestellten Auslag Gefähr; «Wenn auch die Tendenzen noch widersprüchlich bleiben, so wird das «Grenzerlebnis» der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und der achtziger Jahre das geistige Klima in der westlichen Welt doch wesentlich verändern. – Der Fortschritts- und Machbarkeitsglaube verliert weitgehend seinen ökonomischen Boden unter den Füßen; er dürfte dies auf die Dauer nicht überleben. – Eine Wandlung des Geschichts-, Welt- und Menschenbildnisses dürfte die Folge sein, die wie jede grundlegende Veränderung zunächst einmal Unsicherheit und das Gefühl der Sinnlosigkeit zu verbreiten droht.» («Neue Zürcher Zeitung» in einem redaktionellen Beitrag zum Thema: «An den Grenzen der Machbarkeit»)

Doch mag ihm auch der Wind der Veränderung ins Gesicht blasen, in der Provinz wird der waghalsige «Energiezär» noch immer angefeuert. Hier wird mit Genugtuung vermerkt, «er sei auf dem richtigen Posten». «Seine Dominanz in diesem Bereich hat er nicht zuletzt bei der kürzlichen Abstimmung über die Energieartikel bewiesen. Im Gegensatz zu diversen politischen Versagern vermochte er mit seiner verbalen Beschlagenheit fast als einziger dem raffinierten Mundwerk von Ursula Koch Paroli zu bieten und sie sogar in die Schranken zu weisen. Angesichts der fortwährenden «kalten Flüsse» vieler Politiker um Kaiseraugst braucht es den unentwegten Kämpen Kohn vermehrt an der Front und weniger im Verwaltungsapparat des Konzerns.» («Bader Tagblatt», Kolumne des Chefredaktors)

Soweit ein kleines Stimmungsbild als Einstimmung zur Frage: «Wie weiter?» Versucht man unter dem Stichwort «Energiestiftung» kühl und sachlich eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen, ergibt sich ein bemerkenswert positives Resultat, das Energieforen und Atomlobbysten zugegebenermassen den Schnauf verschlägt. Mit relativ bescheidenen materiellen Mitteln ist es den vereinten Kräften des Initiativ-Komitees unter dem massgeblichen ideellen Einfluss der Energiestiftung gelungen, die Thematik der Energie-Aufklärungskampagne zu bestimmen und eine grundsätzliche Diskussion über das «Grenzerlebnis» unserer Generation in die Wege zu leiten. Vordergründig blieb die Wende zwar aus. Doch die Langzeitwirkung ist zu erahnen. Unsere Ideen werden nicht mehr verlacht, wie vor einem Jahrzehnt, sondern mit einer Verbissenheit bekämpft, die auf einen verunsicherten Widerpart hinweist.

Die uneingeständene Angst vor dem «raffinierten Mundwerk» ist letzten Endes ein artiges Kompliment für unsere überlegen argumentierende Ursula. Jeder mit den Ideen der Energiestiftung und den Fakten zeitgemässer Energiepolitik Vertraute, der an Podiumsgesprächen teilnahm, musste immer wieder erstaunt feststellen, wie «hochdekorierte» Elektrizitätswerkmanager und «verdiente» Politiker noch immer in eindimensionalen Gedankengängen befangen sind. *Unvernetztes Denken* aber führt zu vereinfachten Annahmen und letzten Endes zu wirtschaftspolitischen Kurzschlüssen. Die Rückwirkungen einzelner Strategien auf das Gesamtsystem werden schlicht nicht bedacht. Notfalls wird einer überzogenen Bedarfsprognose durch eine Verschleisspolitik nachträglich Absolution erteilt. Kleine Kopfrechnung: Die geforderte Stromzunahme von drei Prozent jährlich bedeutet eine Verdopplung des schweizerischen Stromver-

brauchs im Zeitraum von 23 Jahren. Bei diesem Stromschlag enden Sparbemühungen und Alternativenergien auf dem elektrischen Stuhl...

Das darf nicht sein:

Doch vorerst: Was bedeutet das Abstimmungsresultat für die real existierende *schweizerische Politik*, deren Pragmatismus und Lange-Bank-Problemlösungsmechanismen auch hier spielen werden? Der besonnenere Teil des Elektrizitätswirtschafts-Managements weiss, dass er sich mit seinem Phyrussieg – erstritten durch eine stahlharte, rücksichtslose Propagandamaschinerie – in die Nesseln gesetzt hat. Der noch immer wachsende Widerstand im Raume Basel, die skeptische Haltung der Romands und Tessiner gegen die Überheblichkeit deutschschweizerischer «Grosstechnologen» blockieren den Bau von Kaiseraugst stärker als je zuvor, auch wenn vermutlich der Schwanengesang noch während langer Zeit über das verwildernde Baugelände hinwegschallen wird. Vorerst müssten die Werkpläne auf den neuesten Stand gebracht werden, wozu es mindestens drei Jahre braucht. Dann erst könnte der Bundesrat eine nukleare Baubewilligung erteilen. Doch ist wahrscheinlicher, dass sich der «Casus Kaiseraugst» im Laufe der Jahre irgendwie, irgendwann, irgendwo in Luft auflösen wird. Gras darüber. Herr Ulrich Fischer, lebenslänglicher Direktor eines nicht existierenden Atomkraftwerkes, könnte in Musse seine Memoiren schreiben oder Schafe hüten. Aus irgendeinem Reptilienfonds wird der Millionenschaden zu berappen sein. Jene, die am ungünstigsten Punkt eines umweltbedrohten Landstriches vor fünfzehn Jahren eine Standortbewilligung erteilten, halten sich – wie üblich – schadlos.

Auch die Energieinitiative wird trotz ihrer Ablehnung nicht wirkungslos bleiben. Denn auch ihre Gegner aus allen Lagern behaupteten im Brustton der Überzeugung, auch sie wollten Energie sparen, jedoch nicht auf Geheiss des «Energievogtes», bewahre, nein, schön unverbindlich, wie es sich gehört, privatissimo daheim – auch milde Vorschriften der Gemeinde würden notfalls geschluckt; doch eben, mehr Freiheit, weniger Staat, auch in der Energiepolitik. Als ob nicht die ganze Stromwirtschaft längst der Marktwirtschaft entzogen worden wäre. Wobei in diesem Falle – in Umkehrung der Volksweisheit – wer zahlt (Stromkonsument), nicht befiehlt. Immerhin, die Bodiger der Energieinitiative haben uns im Bereich des Stromsparens das Blaue vom Himmel herunter versprochen, nun müssen sie ja irgend etwas tun.

Wo aber steht die **ENERGIESTIFTUNG**? Wie könnte ihre **ZUKUNFTSPERSPEKTIVE** aussehen?

Die Propagandawalze, die gegen unsere Ideen auf Hochdruck unter Dampf gesetzt wurde und wird, ist sicherlich kein

Zeichen selbstbewusster oder gar beschwingter Überlegenheit, sondern einmal mehr ein Symptom der Schwäche unserer Widersacher. Der Selbstsichere nämlich beweist Toleranz und ficht mit feinerem Florett. Diese Unduldsamkeit ist verständlich. In einer kürzlich von der Schweizerischen Handelszeitung in Auftrag gegebenen Untersuchung über die wichtigsten Probleme, welche die Schweizer beschäftigen, steht der Umweltschutz an der Spitze, «mehr Atomkraftwerke» aber rangiert als Schlusslicht, weit abgeschlagen im siebzehnten und allerletzten Rang!

Die bei Volksinitiativen ausgezählten Stimmen widersprechen demnach der Gefühlsebene und den veränderten Wertsystemen. Doch die jahrelange «Information» aus dem Gesichtswinkel und dem Interessenfeld der Banken, Konzerne, Zeitungsverleger, Elektrizitätswirtschaft und Politikern mit persönlichen Interessenabhängigkeiten sind nicht ohne Einfluss auf Bewusstsein und Unterbewusstsein des Volkes geblieben, erwecken Zwiespalt und Lebensangst. Die Energiestiftung war in ihrer Gründungszeit mit dabei, als beispielsweise mit der Studie «Jenseits der Sachzwänge» ein erster wichtiger Beitrag zur

prozess. Es geht um unsere Zukunft, um unser Überleben.

Doch sind unsere Kräfte dieser Aufgabe gewachsen? *Werner Geissberger*

## Ich bin optimistisch

Die Schweizerische Energiestiftung hat auch nach der Abstimmung dieses Herbstes wichtige Aufgaben zu erfüllen, sie sollte in jedem Fall weiterbestehen.

Wenn ich daran denke, wie hoffnungslos die Situation des geplanten Atomkraftwerkes Kaiseraugst 1975 war (in der Zwischenzeit wurde es nicht gebaut), wie seither mehr und mehr das Energiebewusstsein der Bevölkerung stärker wurde, wie heute breite Kreise unserer Bürgerinnen und Bürger aktiv gegen die Verschwendung der Energie tätig sind, die letzte Abstimmung doch eine nicht übersehbare grosse Minderheit gegen die staatliche und private Energiepolitik zeitigte, so darf keine Resignation ausbrechen, keine Ernüchterung eintreten.

Der Weg durch die schweizerischen In-



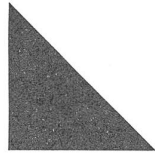
energiepolitischen Debatte geleistet wurde. Jetzt, da sich angesichts einer wachsenden Umweltbedrohung – die durch das Waldsterben uns allen eindrücklich signalisiert wird – neue buntgewürfelte Bewegungen entwickeln, welche Umweltschützer, Bauern, kirchlich geprägte Kreise und beinahe durchs Band die Jugend aller politischen Parteien erfasst, scheint mir die Arbeit der Energiestiftung erneut von wegleitender Bedeutung. Wir müssen – in enger Zusammenarbeit mit andern Umweltorganisationen – *Ideen und Modelle* für eine Gesellschaft und für eine Wirtschaft jenseits der Umweltzerstörung entwickeln, anregen, weiterverbreiten, beeinflussend teilhaben am Meinungsbildungs-

prozess. Es geht um unsere Zukunft, um unser Überleben. Wir aber haben alle den grossen Vorteil, dass wir genau wissen, in unserem Kopf und in unseren Herzen, dass wir unabhängig sind, keiner Firma und keinem Verwaltungsrat, keiner ideenlosen staatlichen Institution verpflichtet sind, nur unserem unbändigen Willen und unserer tiefen Überzeugung, dass die Zukunft unseres Landes in energiepolitischer und damit auch in gesellschaftspolitischer Beziehung davon abhängt, dass wir das, was wir als richtig ansehen, breit austreuen, langsam, aber stetig, mühsam, aber ansteckend. Das ist unser grosses Kapital, das wir den Millionenbeträgen der anderen Seite entgegenstellen können.

So muss der erste Hauptkampf weiter der Verhinderung neuer atomarer Anlagen gelten, als Voraussetzung dafür, dass dann eine neue Energiepolitik unausweichlich sein wird, eine Energiepolitik, die den Bürgern nichts nimmt, ihnen aber das Bewusstsein gibt, nicht über ihre Verhältnisse zum Schaden der Umwelt zu leben. Dann werden auch Industrie und Staat einsehen, dass die Innovation neuer Energieträger in Zukunft die Schweiz menschlicher und unabhängiger gestaltet. Zu einer neuen Energiepolitik ist unser Parlament aufgerufen, aber noch mehr jene, die unser Parlament wählen und denen unser Parlament verantwortlich ist. Der dritte Weg Caccia sollte dann möglich sein.

Ich bin optimistisch, wenn alle Hunderttausende, die hinter uns stehen, aktiv sich vernehmen lassen, aktiv kämpfen und nicht bereit sind, auf Kosten unserer Nachkommen Entwicklungen zuzulassen, die für unser Land der Zukunft verheerend wären. So wie ich unsere Bürgerinnen und Bürger kenne, glaube ich an die Kraft, das Bewusstsein, den Mut, die Überzeugung und den Willen aller unserer Mitkämpfer.

Andreas Gerwig, Basel



## Warum wir weitermachen müssen

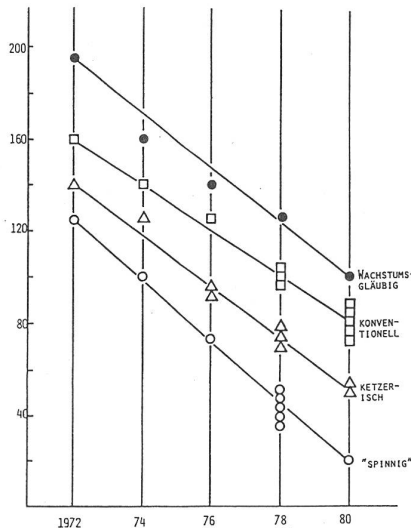
Wer sich heute bei uns für die Umwelt einsetzt, muss immer mit Enttäuschungen rechnen. Die letzte kam am 23. September. Welche Konsequenzen müssen wir ziehen für die SES? Ich postuliere: hätten wir die Abstimmungen gewonnen, könnten wir unsere Stiftung vielleicht auflösen. Heute – nach der Niederlage – ist es für mich klar, dass wir weitermachen müssen. Und hätten wir die SES nicht 1976 gegründet, müssten wir dies heute nachholen.

Vor langen Jahren hat sich der PR-Gewaltige Farner einmal gerühmt, er könnte einen Kartoffelsack zum Bundesrat küren, wenn ihm eine halbe Million Franken zur Verfügung stünde. Heute bringt die Elektrowirtschaft mehr als das Zwanzigfache dafür auf, um die Ansätze für eine zukunftsgerechte Energiepolitik zu zerschlagen. Aber sie kann nur einen Pyrrhussieg erringen: die Atomtechnik stirbt in den Industriestaaten nicht wegen einer Abstimmung, sondern weil sie ökonomisch untragbar wird. Und weil sie menschenfeindlich ist.

Blicken wir bloss elf Jahre zurück. Am ETH-Symposium 1973 verkündet Michael Kohn noch stolz, dass wir im Jahre 2000 über zehn Atomkraftwerke verfügen werden, um einen Energiebedarf zu decken, der bis auf das Dreifache ansteigen wird. An derselben Tagung haben

wir damals eine Analyse der Atomenergie geliefert, die man noch heute Wort für Wort vertreten kann und welche die langfristige Gefahr für die Menschheit, die mit diesem Energieträger verbunden ist, klar aufzeigt.

Wie die beiliegende Grafik zeigt, sind in den USA (wie in allen Industriestaaten)



die Energieprognosen im letzten Jahrzehnt mit konstanter Regelmässigkeit gesunken. Im Jahre 1980 haben die wachstumsgläubigen Wirtschaftskreise ihre Erwartungen für den Energiebedarf auf das Jahrhundertende gegenüber 1972 auf die Hälfte reduziert; damit erreichen sie die Werte, welche konservative Kreise 1978, fortschrittliche Fachleute bereits 1976 und sog. «spinnige» Realisten schon 1974 ermittelt haben. Aber immer noch gelingt es der kapitalkräftigen Propagandamaschine der Elektrowirtschaft bei uns, die Vertreter einer gesunden Umwelt als Utopisten darzustellen. Wie lange wohl noch?

So sind Abstimmungskämpfe, auch verlorene, jeweils Beginn neuer evolutionärer Entwicklungen. Dabei hilft uns der immer stärker werdende unbeugsame Widerstand der Region Basel, die es nicht zulassen wird, dass Fehler der Energiepolitik auf dem Buckel dieser Region begangen werden, dabei hilft uns, dass auch die Ersteller neuer AKWs nicht mehr überzeugt sind, dass weitere AKWs politisch durchsetzbar sind, nicht mehr voll daran glauben, dass ihnen aus der Erstellung solcher Anlagen noch Gewinne zufallen.

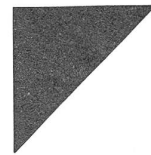
Die Energiestabilisierung, die die Umweltorganisationen in ihrem Energiekonzept schon 1978 postuliert haben und damals vom Bundesrat und seiner Kommission mit Gelassenheit zur Seite geschoben wurde, ist in den letzten Jahren dabei, still und heimlich in die offizielle Politik übernommen zu werden – ohne dass natürlich je der Ursprung der Ideen erwähnt wird. Mit der Energiesteuer ging es ähnlich: von unserer Arbeitsgruppe bereits 1975 in einem ersten Ent-

wurf vorgeschlagen und natürlich von der GEK mit Pathos als wirtschaftszerstörend bezeichnet, taucht sie 1978 im Schlussbericht derselben Kommission auf und wird sogar von einer Mehrheit unterstützt. Im Kampf gegen die Initiative wird sie dann allerdings als Horrordisziplin wieder hervorgeholt, um den Bürger und vor allem die Wirtschaft mit neuen Steuern zu schrecken. Zusammen mit dem Slogan «Ohne Strom kein Lohn» und einem Verwirrspiel um Arbeitsplätze führt dies wohl nochmals zum Erfolg – aber er wird nur kurzfristig sein. Die offizielle Energiepolitik wird sich auch in Zukunft ganz sensibel unseren Ideen anpassen müssen, weil die in die Zukunft gerichtet und keinem Profitdenken verhaftet sind.

Je früher dieser Übergang geschieht, um so besser für unsere Um- und Mitwelt, aber auch für die Wirtschaft. Bekanntlich ist die offizielle Schweiz allen grundsätzlichen Veränderungen sehr abhold; im Prinzip reagiert sie nur noch auf Katastrophen. Die Uhrenindustrie hat vor zehn Jahren ein typisches Beispiel dafür geliefert. Aber heute kann sogar das allgemein sichtbar werdende Waldsterben unsere Regierung kaum mehr zu einem mutigen Schritt veranlassen; Alibiübungen mit lächerlichen Temporeduktionen sind das Äusserste, was wir erwarten können. Nur durch ständige Kleinarbeit von unten her und durch ausserparlamentarische Aktivitäten können Bundesrat und Parlament dazu gebracht werden, sich in Zukunft einmal gegen die mächtige Elektrowirtschaft für eine zukunftsgerichte und realistische Energiepolitik einzusetzen.

Bei dieser Kleinarbeit, die nicht viel Lorbeeren einbringt, dafür aber langfristig zum Ziele führen kann, hat unsere Stiftung mit allen anderen Umweltorganisationen eine wichtige Rolle zu spielen. Die Politiker werden es uns wohl nicht danken, eher die 45 Prozent der Ja-Stimmenden für die Energie-Initiativen, sicherlich aber unsere Kinder.

Theo Ginsburg



## Was nun?

Wir haben die Abstimmung verloren. O.K. Ich glaube, das Resultat ist jedoch positiv. Diejenigen Gemeinden, denen man AKWs oder Abfalldeponien aufzwingen will, haben alle für die Initiativen gestimmt. Weiter ist die Arbeit, die während der Kampagne gemacht worden ist, nicht verloren gegangen.

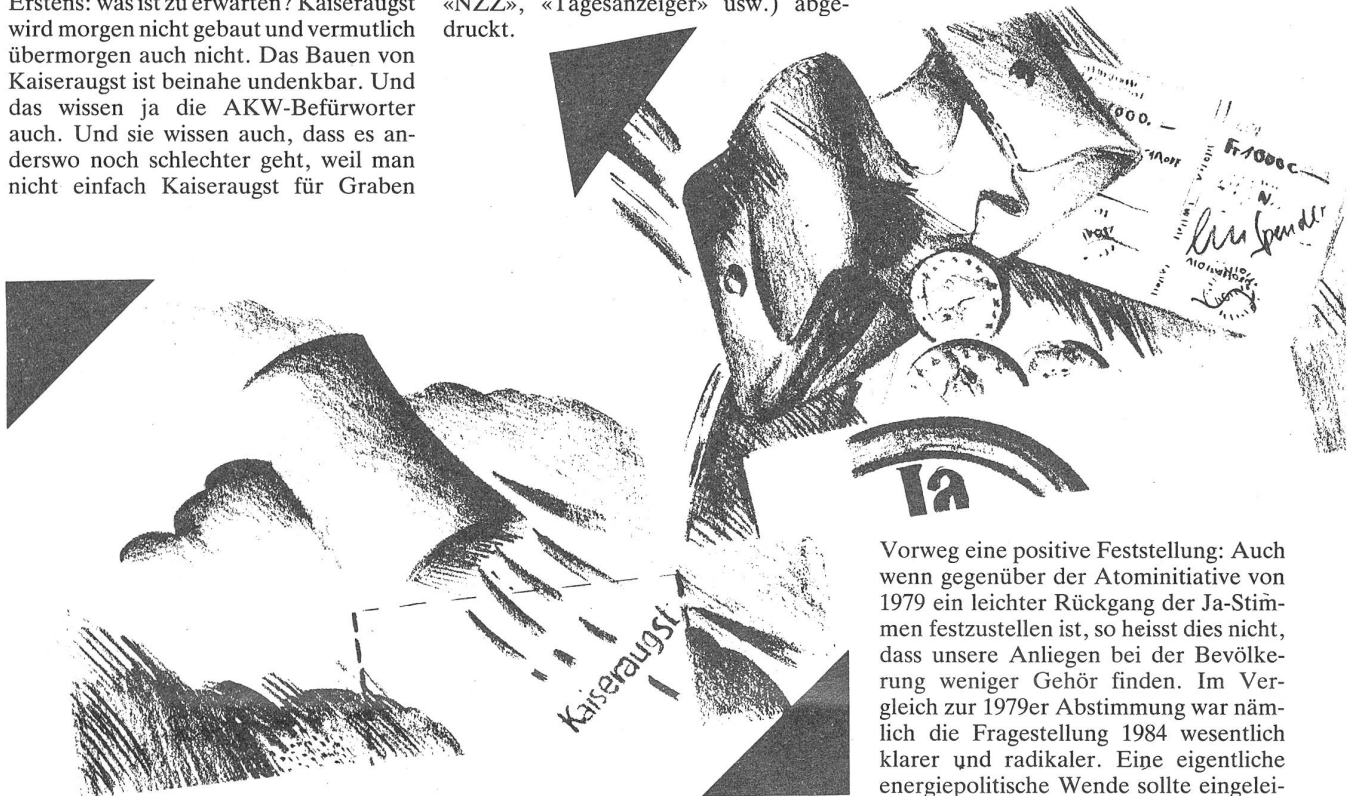
Die Beteiligung war gering. O.K. Das ist aber mindestens zum Teil verständlich. Die AKW-Befürworter haben mit Hilfe von Unwahrheiten das Bild verzerrt. Viele wussten nicht mehr, was glauben. Von denen habe ich einige getroffen. Die

gesamte Steuersache mit dem Streit um den Prozentsatz hat m. E. einen schwerwiegenden negativen Einfluss gehabt. Vielleicht kann man daraus schliessen, dass Initiativtexte sehr einfach sein müssen. Weiter wurde unsere Gesellschaft durch die Machthaber so programmiert, dass wichtige Zukunftsfragen gegenüber Sportereignissen und dem Automobilsalon als uninteressant erfasst werden.

#### Wie weiter?

Erstens: was ist zu erwarten? Kaiseraugst wird morgen nicht gebaut und vermutlich übermorgen auch nicht. Das Bauen von Kaiseraugst ist beinahe undenkbar. Und das wissen ja die AKW-Befürworter auch. Und sie wissen auch, dass es anderswo noch schlechter geht, weil man nicht einfach Kaiseraugst für Graben

Stromsparen eintreten und vorerst die Sache selbst zu Hause ausüben. Wir kennen ja die Möglichkeiten, da wir sie während der Kampagne den Leuten erklärt haben. Wir sollten eigentlich miteinander einen Wettbewerb machen: wer hat seinen Stromkonsum, im Vergleich zum vorigen Jahr, am meisten herabgesetzt? Der Sieger bekommt einen photovoltaischen Kollektor und seine Photo wird in «Energie+Umwelt» (beziehungsweise «NZZ», «Tagesanzeiger» usw.) abgedruckt.



oder Verbois verlassen kann. Deshalb will Alain Colomb (Hebdo 27.9.84) die Basler «überzeugen». Colomb sagt natürlich nicht wie. Leider wurde er auch nicht gefragt. Aber Technokraten ohne Einbildungskraft wie Colomb können nur stur auf Standort Kaiseraugst insistieren. Und das bedeutet weitgehend, dass kein weiteres AKW in der Schweiz mehr gebaut werden kann.

Dann kommt das Problem der Zunahme des Stromkonsums. Hier muss man einmal auf richtige, aufschlussreiche Statistiken insistieren. Was das BEW vorbringt ist eigentlich zur Hauptsache VSE-Arbeit und wichtige Angaben stehen nicht drin; z. B. ist es fundamental zu wissen, wieviel Strom effektiv verheizt wird, und zwar auch mit Wärmepumpen. Eine Elektrowärmepumpe, die einfach am Netz hängt, ist nicht sehr viel weniger eselhaft als direkte Elektroheizungen mit oder ohne Speicher. Sie ist sogar in bezug auf Leistungsbedarf ungünstiger, da die ganze Leistung vom Netz verlangt wird sobald ein, wenn auch kleiner, Wärmebedarf entsteht. Weiter sollte man für

Ich wäre eher dafür, dass die SES weiterbesteht. Irgendwo muss man jemanden anrufen können, der etwas Sinnvolles über Energie erzählt. Sonst bleiben nur die VSE und das BEW, und die wollen ja nur Strom verkaufen. *Pierre Lehmann*

### Aktivismus, Denkpause oder Resignation?

Nach all den im Ergebnis negativen Erfahrungen mit Abstimmungen (vgl. Kasten) stellt sich die Frage, wie weit ein Engagement auf dieser institutionellen Ebene gerechtfertigt ist und sich künftig überhaupt noch lohnt.

Der Abstimmungskampf um die Atom- und Energie-Initiative war einer der härtesten und aufwendigsten überhaupt. Auch unsererseits wurden im Verhältnis zu den gegebenen Möglichkeiten grosse finanzielle Mittel aufgewendet (rund 1,5

Mio. Franken), vom kräftezehrenden Grateinsatz aller Aktivisten ganz zu schweigen. Die Abstimmungskampagne war, soweit sie zentral überblickt und gesteuert werden konnte, sicher recht effizient. Ich kann mir jedenfalls im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten kaum vorstellen, was grundsätzlich anders gemacht werden könnte. Dennoch ist das Ergebnis negativ ausgefallen. Woran liegt das?

Vorweg eine positive Feststellung: Auch wenn gegenüber der Atominitiative von 1979 ein leichter Rückgang der Ja-Stimmen festzustellen ist, so heisst dies nicht, dass unsere Anliegen bei der Bevölkerung weniger Gehör finden. Im Vergleich zur 1979er Abstimmung war nämlich die Fragestellung 1984 wesentlich klarer und radikaler. Eine eigentliche energiepolitische Wende sollte eingeleitet werden. Dass immerhin 45 Prozent der Stimmenden eine solche Wende befürworten, ist grundsätzlich sehr positiv zu werten, auch wenn es die politisch eindeutige Niederlage nicht ungeschehen macht.

Beachtlich ist jedoch, dass gegenüber 1979 ein Rückgang in der Stimmbeteiligung eingetreten ist und dieser Rückgang in der Stimmbeteiligung fast vollständig zu Lasten der Ja-Stimmen ging. Es gelang also offensichtlich zu wenig, unser Zielpublikum zu motivieren und zu aktivieren. Oder andersherum: Die bald übliche Greuelpropaganda (Wohlstands- und Arbeitsplatzverlust) ist vor allem in dem Sinn wirkungsvoll, dass sie massiv verunsichert und so davon abhält, überhaupt an die Urne zu gehen.

Aus den beiden Feststellungen, dass der Abstimmungskampf im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten optimal geführt werden konnte und dass trotzdem die Stimmbeteiligung schlechter war und dies fast voll zu unseren Lasten ging, ergibt sich für mich eine erste wesentliche Konsequenz: Entscheidend für die Umweltorganisationen und die grünen und alternativen Bewegungen muss in nächster Zukunft nicht so sehr sein, das ei-

gene Wissen über die Unhaltbarkeit der Zustände zu vermehren, sondern es müssen folgende Fragen geklärt werden:

1. Wie funktioniert eigentlich politische Meinungsbildung?

2. Wie trägt man *vorhandenes* Wissen mit nachhaltiger Wirkung in breite Bevölkerungskreise hinein?

3. Wie würden die jeweils für die «grünen» und «alternativen» Anliegen stimmenden starken Minderheiten erreicht?

4. Wie geht der/die Bürger/in mit all den vorhandenen Katastrophenmeldungen um? Welche Art von «Aufklärung» ist die richtige? Welche wirkt sich letztlich gar kontraproduktiv aus, weil sie mehr lähmt als aktiviert?

5. Wie entscheidend sind in solchen Fragen die Meinungen der sogenannten «opinion-leaders»?

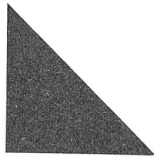
6. Ergeben sich daraus allenfalls Konsequenzen für die Umweltschutzorganisationen (Beteiligung an Wahlen zwecks vermehrter Schaffung eigener Persönlichkeiten)? Oder: Werden in unserem System nicht nur jene zu «Persönlichkeiten» gemacht, die das landesübliche Mass an Einfältigkeit repräsentieren?

7. Ist das Überspringen der 50-Prozent-Hürde für unsere Anliegen bloss eine Frage der Zeit, mit anderen Worten ist eine einigermaßen kontinuierliche Aufwärtsbewegung festzustellen? Oder: Ist es nicht so, dass die Initianten durch ihre vertiefte Problemkenntnis immer um so viel radikaler sind, dass ihnen nur eine Minderheit der Stimmenden folgt, während die offizielle Politik diese im Moment der Abstimmung zu grossen Schritten ein paar Jahre später unter dem Druck der Entwicklung zähneknirschend nachvollzieht, wenn es bereits spät oder gar zu spät ist (Beispiel: Autoabgase)?

8. Droht bei derartiger Häufung und Intensität der Abstimmungskämpfe ein «Ausbluten» der aktivierbaren Bürger/innen (finanziell und kräftemässig)?

9. Welche Alternativen zur institutionellen Politik (Wahlen und Abstimmungen) sind möglich und sinnvoll? Welche sind tendenziell kontraproduktiv?

Bevor auf solche zentralen Fragen der politischen Mechanismen in unserem Bereich einigermaßen plausible Antworten erarbeitet werden, findet meines Erachtens die Weiterarbeit der Umweltorganisationen gleichsam im politisch luftleeren Raum statt. *Martin Pestalozzi, Rütli ZH*



## Zu Radikal

Warum die durchscheinende Resignation? Sicher ist es richtig, aus den bisherigen Erfahrungen die Lehren zu ziehen, aber nur, um es beim nächsten Mal besser zu machen. Unser Kampf ist nach wie vor nötig, und er wird in Zukunft noch nötiger sein. Also Kopf hoch – wir haben ein Gefecht verloren, aber wir machen weiter.

Zum Thema Lehren ziehen möchte ich zwei Fragen aufgreifen. Zum ersten müssen wir eine längerfristige Strategie entwickeln, um die unsaubere Finanzierung der gegnerischen Propaganda aus öffentlichen oder anderweitig zweckgebundenen Mitteln (Geld von Stromkonsumenten) in Zukunft zu verhindern.

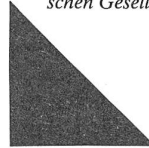
Zum zweiten, und das ist weit wichtiger, müssen wir uns eingestehen, dass die beiden Initiativen im heutigen Zeitpunkt nicht konsensfähig waren. Also müssen wir endlich einmal davon wegkommen, Initiativen zu lancieren, die dermassen mit Angriffsflächen belastet sind, dass sie chancenlos bleiben müssen.

Anhand der Geschichte der Umwelt-Initiativen der letzten zwanzig Jahre lässt sich sehr schön zeigen, dass praktisch alle abgelehnten Initiativen irgendeinen oder mehrere Schwachpunkte hatten, die dafür hauptverantwortlich waren, dass sie zu Fall kamen. Bei der Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» von Franz Weber war es beispielsweise die Übergangsbestimmung, welche dazu geführt hätte, dass bereits gebaute Nationalstrassenteilstrecken wieder hätten abgebrochen werden müssen. Das wurde dann von der Gegenpropaganda weidlich ausgeschlachtet. Auch die beiden Energie-Initiativen enthielten derartige Punkte, auch hier hauptsächlich in den Übergangsbestimmungen. Wir haben die Niederlage aus diesem Grund vorausgesagt.

Warum war das bisher immer so? Die Begründung liegt in der Situation bei der Ausarbeitung eines Initiativtextes. Man stellt da fröhlich Postulate auf und sucht sich manchmal noch in radikalen Forde-

rungen zu übertrumpfen; die Gegenseite sitzt nicht mit am Tisch, und es braucht sehr viel Erfahrung und Phantasie, um sich vorstellen zu können, wie es dann in einem Abstimmungskampf zu- und hergehen könnte. Die Kompromisse, die man schliesst, sind Kompromisse unter den verschiedenen Meinungen in unserem Kreis und keine Kompromisse mit den eigentlichen Gegnern. Und derartige Initiativen sind nun offenbar in unserer politischen Landschaft einfach zu radikal.

*Dr. Bernhard Wehrli, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU)*



## SES: nötiger denn je!

Wir haben den Abstimmungskampf um unsere beiden Initiativen verloren, knapp zwar, aber doch eindeutig. Wie wohl alle, die sich für ein Gelingen eingesetzt haben, war ich zunächst über den Ausgang arg enttäuscht und deprimiert über die Unmöglichkeit grundsätzlicher politischer Wendungen in der Schweiz. Mittlerweile beurteile ich das Ganze weniger negativ.

War die Annahme realistisch, wir würden wenigstens die Energieinitiative durchbringen? Ich glaube nicht. Wir hatten ja gesamtschweizerisch fast alle Mächtigen in Wirtschaft und Behörden gegen uns sowie alle grossen bürgerlichen Parteien. Die Ungleichheit der verfügbaren Geldmittel und Beeinflussungsmöglichkeiten war enorm und musste wohl Folgen haben. Weiter sind bis heute überhaupt nur sehr wenige Volksinitiativen angenommen worden. Schliesslich lag die Energieinitiative mit ihren zusätzlichen Bundeskompetenzen und der Energiesteuer quer zum neoliberalen (besser: altbürgerlichen) Trend der Schweizer Politik der letzten Jahre: «Mehr Freiheit, weniger Staat!».

Was das schlechtere Abschneiden der beiden Initiativen im Vergleich zur ersten Atominitiative anbelangt, so darf man nicht vergessen, dass die 79er Initiative nur eine regionale Entscheidungskompetenz für AKWs verlangte. Sie war viel einfacher verständlich als die Energieinitiative und ging weniger weit als die neue Atominitiative.

Wenn wir das Abstimmungsergebnis positiv charakterisieren, so wollen 9 von 20 Schweizern mittelfristig auf die Atomenergie verzichten und die Energieverschwendung stoppen, dies trotz der Angstmacherei und des millionenschweren, wütenden Sperrfeuers der Gegenseite. Die übrigen wollen sich die Option auf die Kernenergie offenhalten. Dass eine Mehrheit des Schweizervolkes für einen Weiterausbau der Atomenergie im Sinne der Elektrizitätslobby wäre, lässt

---

**In den letzten zehn Jahren hatte das Schweizervolk mehrmals Gelegenheit, zu «grünen» oder «alternativen» Initiativen Stellung zu nehmen. Alle wurden verworfen: Die Albatros-Initiative (Luftverschmutzung durch Autos), die Nationalstrassenbau-Referendums-Initiative, die Burgdorfer Initiative, die Suchtmittel-Initiative, die Atom-Initiative und jetzt neuerdings die Atom- und Energie-Initiative.**

**Die nächsten Initiativen mit ähnlicher Stossrichtung sind bereits eingereicht oder stehen vor der Tür: die Stadt/Land-Initiative, die Gewässerschutz-Initiative, die Kleinbauern-Initiative, die Rüstungs-Referendums-Initiative, die Strassenflächenbegrenzungs-Initiative usw. Diskutiert wird insbesondere auch ein aktives Einsteigen der Umweltschutzorganisationen in die Diskussion um eine Totalrevision der Bundesverfassung.**

---

sich aus dem Abstimmungsergebnis keinesfalls herauslesen. Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst (und andere) haben sich dadurch sicher nicht verschlechtert. Das Abstimmungsergebnis läuft, bei genügender Entschlossenheit auf unserer Seite, auf ein De-fakto-Moratorium für AKWs hinaus – und die Zeit arbeitet zu unseren Gunsten.

sehr nach Bettel hinschmeissen, es habe ja alles keinen Sinn. Ich möchte dem entschieden widersprechen. Die SES und ihre Arbeit sind nötiger denn je, ihre bisherige Zielsetzung weiterhin aktuell! Es wäre dumm und jammerschade, die Früchte der harten und guten Arbeit, die für den Abstimmungskampf geleistet wurde, zu zerstören, indem man sich jetzt zurückzieht. *Hans Rudolf Tschudi*

sichts der Tragweite des unterbreiteten Fragenkreises besonders beunruhigend wirkt.

Die monatelange (aus öffentlichen Mitteln gespeiste) Rieselregenpropaganda hat sicherlich ihr Ziel erreicht, Unsicherheiten und Verwirrung zu schaffen und manchen tendenziell AKW-feindlichen Bürger vom Urnengang abzuhalten. Sodann ist diese Masse der chronisch Unbeteiligten durch die ständig wachsende Zahl der Resignierten angeschwollen, die ihr Fernbleiben mit der Feststellung entschuldigten, die Politiker täten ja doch, was sie wollen.

Vielleicht war unser Vorgehen im Vergleich zum langwierig geschürten psychologischen Terror der Gegner zu kurzfristig publikumsorientiert und die durch die interne Vorbereitungsarbeit und publizistische Tätigkeit absorbierten Kräfte reichten nicht aus, um in der entscheidenden Endphase auch eine wirksame Mitarbeitermobilisierung mit Pyramidaleffekten zu bewerkstelligen.



Schliesslich lösten die Initiativen eine enorm breite energiepolitische Diskussion aus. Auf keine andere Weise hätten die neuen Reichelt'schen Thesen zum Zusammenhang AKW -Waldsterben oder die Tatsache, dass ein weiteres Anwachsen der Energieverschwendung auch finanziell überproportional teuer zu stehen kommt, effektvoller und effektiver unter Volk gebracht werden können.

Diese Argumente oder überhaupt die sachbezogene Art zu argumentieren haben uns zwar unter Umständen im Abstimmungskampf nicht sehr geholfen. Man kann jedoch auf die Länge nicht ohne Schaden an naturwissenschaftlichen, oekologischen und oekonomischen Tatsachen vorbeiwirtschaften und politisieren. Ich glaube, dass unsere Argumente ihre Kraft zeigen werden, wenn der Abstimmungsrausch sich verzogen hat. Die Bewusstseinsbildung, die durch den Abstimmungskampf ausgelöst wurde, wird sich als wichtiger erweisen wie das Resultat der Abstimmung.

Damit diese Bewusstseinsbildung erhalten bleibt und zum Tragen kommen kann, müssen diese Argumente jedoch immer wieder vorgebracht werden, weiterentwickelt und müssen neue Gesichtspunkte erarbeitet werden. In diesem Sinne hat ja die SES schon bisher gewirkt. Ich bin ein bisschen erschrocken, als ich den Brief gelesen habe, der zum Nachdenken über die Abstimmung und die Zukunft der SES auffordert: Das tönt

## Signale gesetzt

Woran ist unser Versuch gescheitert, die Energiepolitik aus der Sackgasse der Wachstumspsychose zu führen, den Teufelskreis der Abhängigkeiten zu durchbrechen: Abhängigkeit der Volkswirtschaft von ausländischen Rohstoffen, Technologien und Dienstleistungen, Abhängigkeit des Bürgers von monopolistisch gesteuerten Verkaufs- und Verteilungssystemen, die keinerlei Spielraum für Mitspracherecht und Einflussnahme der Basis zulassen?

Die Beweggründe der «Nein»-Sager dürften auf folgenden Ebenen liegen:

1. Obrigkeits- und Technologiegläubigkeit
2. Egoismus («nach uns die Sintflut»-Mentalität)
3. Angst vor den vielerorts angedrohten Repressalien
4. Direkte Interessen im Spiel

Darüber hinaus gälte es, die psychologischen Hintergründe der mageren Stimmbeteiligung auszuleuchten, die ange-

Der Entscheid, die beiden Initiativen als untrennbare Hälften einer Gesamtstrategie zu handhaben, hat sich meines Erachtens als taktischer Irrtum erwiesen. Ein Erfolg der Energieinitiative hätte genügt, jene positive Wende einzuleiten, die die Atompolitik ohnehin über lang oder kurz lahmgelegt hätte. Die Energieinitiative war die Achillesferse unserer Gegner. Aber offensichtlich ist es uns nicht gelungen, die in diesem Zusammenhang immer wieder in Erscheinung getretene besondere Argumentationsverlegenheit des gegnerischen Lagers überzeugend auszunützen.

Versagt haben wir anscheinend auch in der plausiblen Darstellung der einzig möglichen langfristigen Energielösungen, die nach Auslaufen der jetzigen Fissionsreaktoren und Verknappung der Uran- und Erdölreserven – ganz unabhängig von den unterschiedlichen Umweltbelastungen der Energiegewinnung und -verwertung – auf jeden Fall in einer

*Bedarfsverminderung im Sinne unserer Vorschläge* gesucht werden müssen, umso mehr als die technische Machbarkeit und wirtschaftliche Tragbarkeit der Kernfusion nach wie vor im Bereich der Wunschträume liegt.

War nun alles vergeblich oder hat unser Einsatz dennoch ein Signal gesetzt? Sicher können wir für uns in Anspruch nehmen, eine positive Entwicklung eingeleitet zu haben, indem bewiesen wurde, dass die knappe Hälfte des Stimmvolkes unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit der von Bundesrat und Parlament gehuldigten Wachstumsideologie den Rücken gekehrt hat. Ebenfalls bezeichnend ist der Erfolg beider Initiativen in fast allen von Atomprojekten direkt bedrohten Kantonen und Regionen. Die Annahme der Energie-Initiative hätte auf verschiedenen Ebenen Mechanismen in Gang gesetzt, die den Übergang in das «Nach-Petroleum-Zeitalter» erleichtert hätten. Das gleiche Ziel muss nun durch die «Hindertüre» des Gesetzes für Umweltschutz verfolgt werden. In diesem Sinne sollte unsere Arbeit unter Mitwirkung aller um die Initiativen gescharten Organisationen und Meinungsbewegungen eine entschlossene Fortsetzung finden.

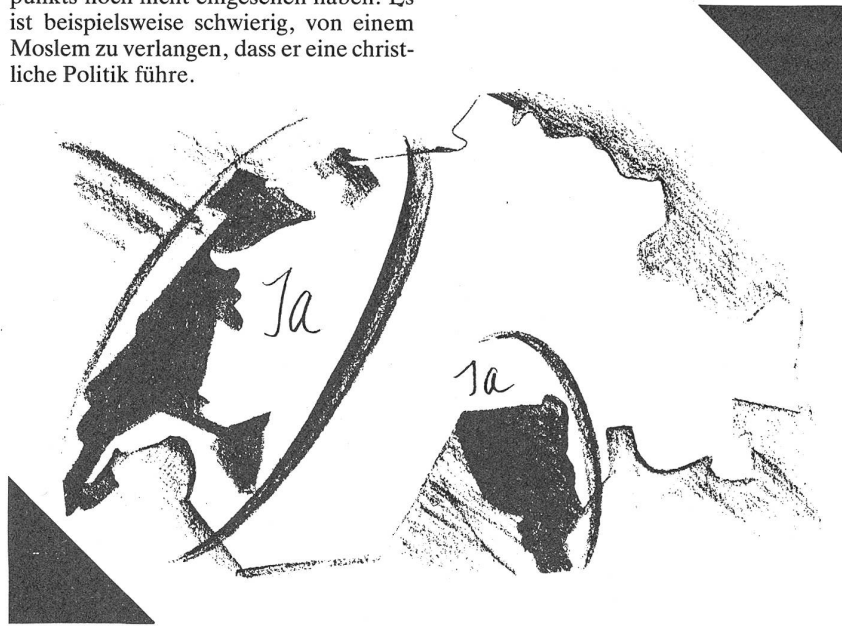
*Eva Feistmann, Locarno*

## Was jetzt?

Natürlich bin ich über das Abstimmungsergebnis enttäuscht: Die Initiativen wurden trotz einer beachtlichen Anzahl Ja-Stimmen verworfen. Aber konnte es anders sein? Die Texte der Initiativen waren schwieriger zu verteidigen als 1979. Die Energie-Initiative war ausführlich und kompliziert. Sie war eigentlich gedacht, um die Regierung anzuregen, ein griffiges Energiegesetz in Kraft zu setzen. Auch die Atominitiative hatte ihre Schwachstellen. Unter der Berücksichtigung der gegebenen Umstände ist die 45prozentige Ja-Minderheit ein gutes Resultat. Bemerkenswert ist die befürwortende Einstellung der Jura-Axe (BL, BS, NE, VD, GE) und des Tessins. Nicht nur die Kantone Baselland und Basel-Stadt, sondern die ganze Nordwestschweiz hat die Initiativen gutgeheissen und damit Kaiseraugst einmal mehr abgelehnt. Die Region um Graben (BE) hat die Initiativen ebenfalls angenommen und sich somit gegen die Grabener Reaktoren ausgesprochen. Die Standortgebiete Beznau, Gösgen und Mühleberg scheinen das Problem zu verdrängen und verwerfen eine nicht atomare Energiepolitik.

Vielleicht wären unsere energiepolitische Ziele auch bei einer Annahme der Initiativen nicht in Realität umgesetzt worden, weil die führenden Kräfte dieses

Landes die Richtigkeit unseres Standpunkts noch nicht eingesehen haben: Es ist beispielsweise schwierig, von einem Moslem zu verlangen, dass er eine christliche Politik führe.



Nach der Abstimmung stehen den Behörden zwei Wege offen. Dank einer knappen Mehrheit können sie theoretisch eine Region gegen ihren ausdrücklichen Willen zwingen, den Bau eines gigantischen Projekts zu akzeptieren; dies dürfte nicht einfach sein. Die Behörden könnten auch die Konsequenzen einer de-facto-Unmöglichkeit, weitere AKW zu bauen, ziehen: keine neue AKW, dafür aber die Verwirklichung einiger Massnahmen aus der Energie-Initiative. Dieses Procedere würde vielleicht besser dem Durchbruch unserer Ideen (Exergie, sinnvolle Verwendung von Energie) verhelfen, als erfolgreiche Initiativen. Die Einsicht der Notwendigkeit des Handelns im Energiesektor führt rascher zu konkreten Resultaten als eine vom Volk aufgezwungene Energiepolitik. Dies ist ein Widerspruch unserer Demokratie. Welche Aktivitäten soll die SES in diesem Feld in Zukunft entfalten? Die nachfolgende Ideenliste erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf vorrangige Wichtigkeit:

- Bekämpfung der elektrischen Widerstandsheizung;
- Abklärung der Bedeutung der elektrischen Heizungen im Freien;
- Bekämpfung der Subventionierung von Heizstrom;
- Aufrechterhaltung des Föderalismus in der Energiepolitik (keine Vergewaltigung einer Region);
- Erprobung der Durchführbarkeit des Ersatzes der harten Energiequellen durch sanfte, wie Energiesparen (sinnvolle Verwendung der Energie), erneuerbare Energien;
- Beweisführung der Wirtschaftlichkeit dieser Energien, Beitrag zur Lösung des Atommüllproblems (nicht à la NAGRA!, vgl. beiliegende Thesen).

*Marc-André Stoll*

## Probeprobungen und Atommüll-lagerung: ein Arbeitspapier

1. Vor Beginn von Probebohrungen im Rahmen eines Versuchsprogramms zur Auffindung einer Endlagerungsstätte für hochradioaktiven Abfall, muss das Projekt von unabhängigen Experten überprüft und gutgeheissen werden. Damit soll eine möglichst umfassende, wissenschaftliche Analyse des Programms garantiert werden, welche dann die Grundlage für den konkreten Entscheid über das geplante Versuchsprogramm bietet.
2. Wert zu legen ist auf die Unabhängigkeit der Experten, welche aufgrund der Resultate des Versuchsprogramms das Gesuch für die konkrete Müllagerungsanlage begutachten. Gegebenenfalls kann eine Oberexpertise angefordert werden.
3. Das Gesuch für eine Atommüllagerung muss alle für den Entscheid relevanten Voruntersuchungsergebnisse und Daten enthalten. Dazu zählen u. a. das Verfestigungsmilieu, Angaben über die geologischen und tektonischen Verhältnisse sowie über die Bevölkerungsdichte, Verkehrs- und Transportprobleme im betroffenen Gebiet.
4. Die betroffene Bevölkerung muss die Möglichkeit haben, in letzter Instanz durch Volksabstimmung darüber zu entscheiden, ob ein konkretes Projekt eines Atommüllagers für hochradioaktive Abfälle realisiert werden soll.
5. Eine solche Anlage muss so konzipiert sein, dass der radioaktive Abfall jederzeit rückholbar ist. Davon würde in erster Linie bei Unfall oder Planungsfehlern Gebrauch gemacht werden, aber auch wenn eine bessere Lösung gefunden würde.



## Kaiseraugst: Nicht kompromissfähig

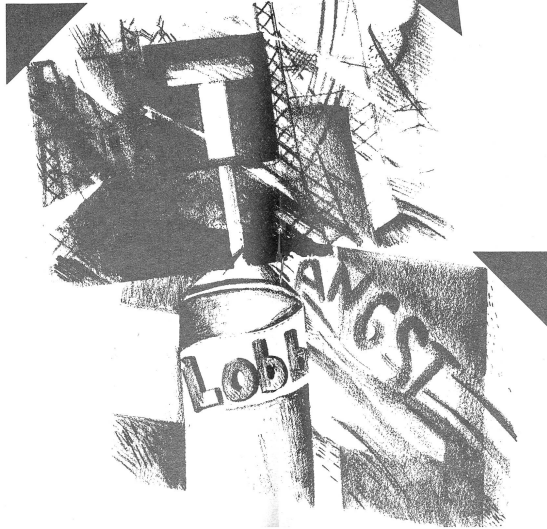
Rothenturm, das kleine Dorf, das durch seine Hochmoorlandschaft bekannt und durch seinen Widerstand gegen den Waffenplatz national berühmt geworden ist, sagte mit 245 gegen 127 Stimmen Ja zur Atominitiative und nahm auch die Energieinitiative an. Noch deutlicher und in der Atomfrage unmittelbar betroffen, sagten der Bezirk Rheinfelden mit 7074 gegen 2625 Stimmen und die Gemeinde Kaiseraugst mit 937 zu 340 Stimmen Ja zur Atominitiative, also knapp im Verhältnis 3:1, und auch die Energieinitiative buchte einen eindeutigen Ja-Stimmen-Vorsprung. 16 der 26 Gemeinden im Berner Amt Wangen, zu dem auch die vorgesehene Standortgemeinde für ein weiteres AKW, Graben, gehört, unterstützen die Atominitiative, auch der benachbarte Bezirk Aarwangen. Die französisch sprechenden Kantone der westlichen Schweiz bejahten die Atominitiative und lehnten damit Verbois als weiteren AKW-Standort ab. Das sankt-gallische Werdenberg, einst vorgesehener Standortbezirk für ein AKW Rütli, nahm die Atominitiative an. Einzig Inwil im Kanton Luzern, wo die Central-schweizerischen Kraftwerke AG bereits eine Wiese für ein weiteres AKW ausserkoren und gekauft haben, sagte relativ eindeutig Nein zur Atominitiative, wahrscheinlich nicht, weil die Gemeinde den Atommeiler will, sondern eher, um ihn zu verhindern und der Basler Region aufzuhalten, die wiederum – klarer als vor fünf Jahren die Atomschutzinitiative – nun die Atominitiative angenommen hat. Rütli und Inwil fallen als Standortgemeinden – mindestens für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte – ausser Betracht: Dort kommt das neue Atomgesetz zur Anwendung, das schon für die Standortbewilligung zwingend die Entsorgung der nuklearen Abfälle verlangt. Bleiben Verbois und Kaiseraugst mit den ablehnenden Mehrheiten in den Kantonen und Graben im Bernbiet, wo eine überdeutliche Parlamentsmehrheit den Regierungsrat verpflichtet hat, «mit allen rechtlichen Mitteln» sich dafür einzusetzen, dass «Graben nicht als Ersatz für Kaiseraugst» dienen darf. Es ist offensichtlich: Kaiseraugst kann weder durch Verbois noch durch Graben ersetzt werden, ohne massiven Widerstand zu provozieren, der zumindest weitere lange Verzögerungen bewirken würde. Das Abstimmungsresultat in Rothenturm zeigt, dass eine einmal sensibilisierte Bevölkerung sich jedem Diktat aus Bern widersetzt. Mit Kaiseraugst steht oder fällt also längerfristig die atomare Zukunft in der Schweiz überhaupt – aus politischen Gründen zwarleerster, die aber unmittelbare wirtschaftliche Folgen hat: Keine Industrie wird Kapazitäten für einen

Zeitpunkt im Ergandwam aufrechterhalten. Die Produktionsanlagen sind zu teuer, die Fachkräfte wandern ab. Und wenn in der Schweiz nicht bald einmal ein neues AKW erstellt wird, werden auch die Bestellungen aus dem Ausland rarer, weil das Misstrauen wächst, dass man sich hier nicht auf dem neuesten Stand von Technik und Sicherheit hält. Ohne Kaiseraugst also wird der Schweizer Atomkraftbau ein sterbender Industriezweig. Viel Geld steht auf dem Spiel, ein Absatzmarkt, der zwar infolge der rückläufigen Bestellungen und laufenden Abstellungen ohnehin schwindet, doch wird die interessierte Wirtschaft auch um schmalere Anteile kämpfen und mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass die bisherige Energiepolitik der Verschwendung, die der Konsument bezahlt, sich ändert. Sie wird Sparabsichten erklären und gleichzeitig einschneidendere energiepolitische Massnahmen, besonders ein griffiges Stromspargesetz, das weitere Werke bis zum Jahr 2000 auch um schmalere Anteile kämpfen und mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass die interessierte Wirtschaft ist nicht irgendwer, sondern der Staat im Staat, der sich aus den führenden Rüstungs-, Elektrizitäts- und Chemiekonzernen zusammensetzt, die untereinander und mit den drei Grossbanken verflochten sind, die wiederum durch indirekte Beteiligungen 10 Prozent am Aktienkapital von Kaiseraugst halten. Diese Konzernmacht im Land will natürlich die Machtprobe lieber nicht, besonders weil die Schweiz als Oase der Ruhe und Ordnung einen Ruf zu verlieren hat. Aber sie wird von einer Machtprobe auch nicht zurückschrecken, weil es zwar konkret um Kaiseraugst geht, aber grundsätzlich auch um die Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse, kurz, um den Spielraum, der nötig erscheint, um die einschneidenden Strukturveränderungen der Zukunft durchzusetzen, selbst wenn die Schweiz bei einem Baubeginn auf dem Gelände in eine der tiefsten Krisen der Nachkriegszeit schlittern sollte.

Nicht umsonst hat die Aargauer Regierung vorsorglich die Möglichkeit eines militärischen Einsatzes gegen die Kaiseraugster Bevölkerung beschlossen. Im Aargau hat die BBC, die im Baukonsortium der Kaiseraugst AG vertreten ist, ihren Stammsitz. Und der heutige Aargauer FDP-Präsident Bruno Hunziker, der den Bundesratsitz verpasste und ab Januar 1985 im Verwaltungsrat der Motor Columbus Einsitz nehmen wird, die wiederum Interessen in Kaiseraugst hat, sagte einmal im Rückblick auf den Erfolg der Besetzung (und er steht heute noch immer dazu): Durch Gespräche mit gegnerischen Organisationen «vergingen zwei drei Wochen, ohne dass die Polizei eingriff. Rückblickend muss man sagen – und das war schon damals meine erklärte Meinung – dass das falsch war; wir hätten als Aargauer rasch eingreifen

müssen, massvoll aber rasch. Ich glaube auch, dass in diesem Fall die Kantone gekommen wären, falls wir in Schwierigkeiten geraten wären. Aber solange der Aargauer nicht selber den Effort unternimmt, wie es später Solothurn getan hat, sie sind nach Gösigen gegangen und haben die Sache in den Griff bekommen – hat sich alles in Debatten verloren, und die Gegner wurden stärker.» Die Frage Ja oder Nein zu Kaiseraugst ist nicht kompromissfähig. Sie schliesst – längerfristig – ein Ja oder Nein zu einer eigenständigen schweizerischen Kernkraftproduktion ein und gleichzeitig ein Ja oder Nein zur Energiepolitik des Sparsens oder Verschendens. Die grundsätzliche Frage nach einer neuen Weichenstellung, die die Atom- und Energieinitiative aufgeworfen hat, bleibt weiter bestehen. Innerhalb des Systems gibt es drei Hoffnungen, die an Kaiseraugst vorbeiführen könnten: Dass erstens die wirtschaftliche Sackgasse der Atompolitik in den nächsten Jahren sichtbar wird und sich – klarer als heute – Teile des Bürgertums davon absetzen beginnen. Dass zweitens die bisherigen Stromwachsarten merklich zurückgehen, weil Industrie und Dienstleistungen aus Konkurrenzgründen entsprechende Stromsparmassnahmen verwirklichen und dadurch die Notwendigkeit für Kaiseraugst entfällt. Und dass drittens die Entwicklung alternativer Energien vorankommt und sich ihr Einsatz verbilligt. Eine vierte Chance eröffnet sich, wenn Kaiseraugst durch eine nächste Initiative am Volkswillen scheitern sollte.

Lydia Trab



## Kassandra sucht nach neuen Tönen

Seit dem 23. September wissen wir es: Es ist in diesem Land nicht möglich, grundlegende Weichenstellungen mit dem – nicht zuletzt dafür geschaffenen – Instrument der Volksinitiative herbeizuführen. Die davon allenfalls betroffenen, mächtigen Interessengruppen werden in jedem Fall immer genügend Mittel bereitstellen können, um den Stimmbürgerinnen das Denken durch Angst zu ersetzen.

Anders ist es kaum zu erklären, dass sich letztlich eine Mehrheit gegen eine umweltfreundliche Energiepolitik ausgesprochen hat – und sich von der Ohne-Strom-kein-Lohn-Propaganda übertrölpeln liess.

Schon heute ist das Strickmuster aufzuzeigen, mit dem die in Aussicht stehenden Umwelt-Initiativen bekämpft werden. Die Strassenbau-Stopp-Initiative dürfte mit der Frage «Nicht mehr Autofahren?» versenkt werden. Und bei der Stadt-Land-Initiative findet das bereits gegen die Raumplanung erfolgreich eingesetzte Sujet «Sie wollen uns das Einfamilienhaus wegnehmen» seine Fortsetzung. Was gegen die Rothenturm-Initiative aufgeföhren wird, kann an drei Fingern abgezählt werden: «Schweiz ohne Armeel?»

**Keine Chance im Propagandakrieg**  
So lange es gelingt, für Auseinandersetzungen

zungen an der Urne nur noch den kleineren Teil des Souveräns zu bewegen, wird es für die stramme «Lobbykratie» immer ein Leichtes sein, den ihr eher zuneigenden Bevölkerungsteil zu mobilisieren. So wird per «Mehrheitsentscheid» stets alles beim Alten gelassen. Die Sackgasse ist für die Umweltbewegung der einzige Weg, der zu beschreiben offen bliebe – solange sie glaubt, allein mit dem von den Wachstumsideologen längst ausgehöhlten demokratischen Instrumentarium wirksame Umpolpolitik gestalten zu können.

**Mit neuen Methoden zu alten Zielen**  
Nicht die Ziele der Umweltbewegung stehen deshalb zur Debatte, sondern die Methode, wie diese Ziele erreicht werden könnten. Einmal vorausgesetzt, es bedürfte letztlich halt doch rechtsstaatlich sanktionierter Erlasse, Gesetze, Verordnungen, Verbote usw., um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen sicherzustellen, wird es nämlich ohne repräsentative Mehrheiten nicht gehen. Was soviel heisst, dass dieser tatsächlichen Mehrheit die auf sie zukommenden Probleme erst einmal bewusst gemacht werden müssen. Und das heisst wiederum, dass Betroffenheit notwendig ist, um die gedanklichen wie tatsächlichen Schritte bei den «Durchschnittsbürger/innen» auszulösen. Umweltprobleme müssen somit auf die kleinstmögliche politische Einheit ausgedehnt werden, um Betroffenheit zu schaffen. Die künftigen Handlungsräume dürften daher vermehrt auf Kantons-, Gemeinde-, oder gar auf Quartierebene liegen. Die bereits erkennbaren dezentralen Strukturen einer neuen Umweltbewegung müssen konsequent weiterentwickelt werden.

**Hindernisse oder konstruktive Politik**  
Es darf vorausgesetzt werden, dass der nationale Atom- und Betonkurs auch auf kantonaler und lokaler Ebene (von regionalen Ausnahmen abgesehen) seine Fortsetzung findet. Die politischen Verhältnisse sind vielerorts identisch mit jenen der landesüblichen Konkordanz-Demokratie, tendenziell eher noch zu Ungunsten der Umwelt. Für die nunmehr dezentral aktive Umweltbewegung bleibt vorläufig nichts anderes übrig, als die gängigen Politiken zu behindern, damit nicht noch mehr Schaden an der Umwelt angerichtet werden kann. Trotzdem sind die Aussichten auf eine konstruktive Politik im kantonalen und kommunalen Bereich ungleich besser als auf nationaler Ebene. Das gilt es insbesondere dann zu bedenken, wenn es um die Neubestellung der entsprechenden Legislativen und Exekutiven geht.

Daraus ist die künftige Richtung der Umweltbewegung abzuleiten. Die kantonalen und örtlichen «Was uns hineingeföhrt hat, wird uns auch wieder hinausführen-Strategien» sind zu stören, zu behindern, um in einem zweiten Schritt die eigenen Konzepte zum Tragen zu bringen (es deutet ja alles daraufhin, dass die Kon-

zepte der Umweltbewegung die einzigen probierten Mittel darstellen, um überhaupt noch die Chance zu haben, aus dem Schlamassel herauszukommen). Dabei wird entscheidend sein, wie die Umweltbewegung gleichzeitig auf zwei Instrumenten zu spielen versteht: einerseits Parlamentarismus, andererseits permanente Volksbefragung. Kommt hinzu, dass die neuen Methoden der Umweltbewegung im kleinregionalen Bereich auf grössere Resonanz stossen als gesamtschweizerisch aufgelegte Aktionen, die schnell wieder im Bewusstsein der breiten Masse untergehen. Vor Ort kennt man die Leute; man weiss, wer mit wem und warum und wie.

**Die Alternative: das Chaos**  
Schafft es die Umweltbewegung nicht, doch noch rechtzeitig auf die Bremsen zu treten und den Wahnsinnskurs zu stoppen, sieht es allerdings düster aus. Dann ist abzusehen, dass der Notstand – und zwar der politisch-gesellschaftliche – un-ausweichlich sein wird. In Anlehnung an die in der jüngeren Geschichte schon einmal versuchten Spekulationen mit der Katastrophe liesse sich das für die nahe-liegende «Wunsch»-Szenario etwa so beschreiben: Die Folgen vernichteter Lebensgrundlagen müssten für die Gesellschaft so gravierend werden, dass sich zwangsläufig die Umweltkonzepte durchsetzen liessen. Doch diese Theorie ist gefährlich, wie uns ebenfalls die Geschichte lehrt. Der faktische Notstand würde zwangsläufig zu Repression, zu Verteilungskämpfen und zu politischem Extremismus führen. Nur, das es diesmal nicht um die Verteilung materieller Güter ginge, sondern schlicht um Trinkwasser, sichere Wohnorte, Zugang zu frischer Luft.

Das in der Tat unfassbare an der heutigen Situation ist jedoch, dass genau diese Horrorszenerarien grösste Aussicht auf Realisierung haben, wenn es mit der sattsam bekannten Politik weitergeht. (Vielleicht müsste man dies den Politikern, die sich derzeit in Grün gewandern, um auf Borkenkäferjagd zu gehen, einmal mit aller Deutlichkeit unter die Nase reiben.)

**Umweltorganisationen als Schutzverbände**  
Schliesslich drängt sich die Frage nach dem Treiben der grossen Umweltorganisationen auf. Im skizzierten Szenario kommen diesen Organisationen wichtige Funktionen zu. Einerseits ist es die Aufgabe dieser «Denkfabriken», ihren Informationsvorsprung in Informationen für den aktiven Laien umzuformen. Andererseits müssen sie gewissermassen zu Schutzverbänden der neuen Aktionsgruppen werden, indem diesen mit Know How, mit Infrastruktur und finanziell der Rücken gestärkt wird. Sodann kommt den «Grossen» eine nicht unwesentliche Koordinationsfunktion für die weitgehend unabhängigen Aktionsgruppen zu.

## Und Werte braucht es auch

Natürlich wird man nun einwenden, dass in einem solchen Szenario die sogenannten «neuen Werte» gar nicht stattfinden. Dagegen ist zu sagen, dass es erstens keiner neuen Wertediskussion bedarf (wenigstens nicht innerhalb der Umweltbewegung), weil das Wesentliche gesagt worden ist, was es über eine im Einklang mit der Natur lebende Gesellschaft zu sagen gibt. Und zweitens, weil es vorerst darum geht, die akute Umweltkrise soweit zu überstehen, ohne dass erneut Sachzwänge geschaffen werden, welche die «neuen Werte» zu reinen Utopien verkommen liessen. Sollte sich nämlich beispielsweise die Atomstrategie als Antwort auf «Berns» verheerende Energiepolitik durchsetzen, werden der «sanfte Weg» und die damit verbundenen Werte wohl nur noch als Anekdote in Geschichtsbüchern des Jahres 2020 zu verfolgen sein...

Stefan Frey

## Nur weiter

Es war eine gute, eine ermutigende Zeit, diese drei Monate vor der Abstimmung. Ich denke an das Zusammengehörig-

in der gemeinsamen Hoffnung, mit Menschen, die aufbrauten, mit Menschen, die nachdenklich wurden. Immer wieder durften wir spüren, wie viele Menschen sich für das Leben auf unserer Erde zu engagieren beginnen, tätig werden, sich nicht mehr einfach fatalistisch in Pseudosachzwänge ergeben. Ich denke an die vielen kleinen Wunder, die geschahen: Doch noch ein Lokal für unsere Zürcher Veranstaltung, doch noch rechtzeitiger Druck unserer Informationsschrift, plötzlich doch noch Geld vorhanden für einige Inserate.

Die Abstimmungskampagne hat den Bewusstwerdungsprozess beschleunigt, auch wenn der Abstimmungsausgang neben eindrücklichen Lokalerfolgen als Etappenniederlage bezeichnet werden muss. Diese Bewusstwerdung wächst weiter. Wenn 340 Schweizer Ärztinnen und Ärzte namentlich und eindringlich vor dem weiteren Ausbau der Nukleartechnologie warnen, hat die Bevölkerung das Recht auf sorgfältigste Untersuchung der Gefahren und Aufklärung darüber durch Menschen, die weder politisch mit unserem Staat noch wirtschaftlich mit der Nuklearindustrie in Beziehung stehen. Und dann werden die Konsequenzen klar. Natur und Zeit helfen mit.

Dr. Martin Vosseler, Sekretär PSR-Schweiz

neue Ideen, er liess Konzepte erstellen und verhandelte sogar mit den Besetzern von Kaiseraugst. Die Idee eines vernünftigen Einsatzes von Energie griff erst um sich, als man der masslosen Verschwendung, wie nur Atomkraftwerke sie ermöglichen, den Kampf ansagte.

In der energiepolitischen Szene hat die Schweizerische Energiestiftung eine zentrale Rolle gespielt: mit ihren Publikationen, mit ihren Veranstaltungen, im politischen Kampf, in dem sie meist federführend war. Sie stellte dem Land die Leute, die Alternativen glaubwürdig aufzeigen konnten, aus ihren Kreisen kamen Experten mit neuen Ideen, Leute die nicht nur Nein sagten zur Atomenergie, sondern wie man die energiepolitische Zukunft der Schweiz auch ohne Atomkraftwerke sicher gestalten könnte.

Nun ist die Existenz der Schweizerischen Energie-Stiftung in Frage gestellt, sie wird jedenfalls unter der Mitgliedschaft und vor allem im Stiftungsrat diskutiert. Nach der Abstimmungsniederlage vom September (es wird sich übrigens bald herausstellen, dass diese Niederlage dem Gegner schwere Probleme bringt), ist die Frage nach der Weiterführung der Stiftung berechtigt. Welches soll ihre Zukunftsaufgabe sein? Es gibt Mitglieder, die sind für eine sofortige Auflösung unter dem Motto: Jetzt soll die Elektrowirtschaft ihren Dreck alleine machen. Warum sollen wir ihr immer wieder helfen, die schlimmsten Fehler zu vermeiden. Diese Meinung ist zwar auf den ersten Blick bestechend, aber sie ist völlig unpolitisch. Die Fehler, welche die Elektrowirtschaft und ihre Drahtzieher machen, werden nämlich von der Allgemeinheit, von uns allen, bezahlt. Deshalb ist diese Trotzhaltung wenig wirksam.

Die Planung und Vorbereitung weiterer Initiativen kann ebenfalls nicht mehr die Aufgabe der Schweizerischen Energiestiftung sein. Die Initiativen sind wohl für eine Weile vorbei. Schon aus finanziellen Gründen. Bis jetzt wurde die eigenössische Energiepolitik auf der politischen Ebene im Grunde genommen von jenen gemacht und auch finanziert, welche zu den Habenichtsen gehören. Die Gegenseite hat Millionen fremder, beinahe «veruntreuter» Gelder, lediglich fürs Bremsen ausgegeben. Vom Aufwand der Mittel her gesehen, hat die Elektrowirtschaft und ihr politischer Anhang eine ungeheure Pleite erlebt, wenn man eine Kosten/Nutzen Rechnung anstellt. Mit Millionen- und Abermillionenbeträge ist es in den letzten zehn Jahren nicht einmal gelungen zwei Drittel der Bevölkerung zu überzeugen bzw. einzuschüchtern. Man hat mit Ach und Krach ganze 55 Prozent auf die eigene Seite gebracht. Besieht man sich dann noch die verwendeten Methoden und Argumente, so wird dieser Sieg zu einer grossen Peinlichkeit.



keitsgefühl, das sich unter uns bei dieser gemeinsamen Aufgabe entwickeln konnte; die Telefongespräche zu später Stunde, wo wir uns mit dem Neusten Mut machten oder uns wegen des Neusten trösteten. Ich denke an die vielen Gespräche – im Freundeskreis, nach den Pressekonferenzen, auf dem Dorfplatz während unserer Velotour, mit besorgten Frauen und Männern, Bauern, Grossmüttern, mit dem ATEL-Werbechef, mit alt Bundesrat Hürlimann im Städtchen Zug, mit den AVES-Leuten bei ihrer Wanderausstellung in Schwyz, mit Menschen, deren Augen leuchteten

## Das Kapital nicht verschleudern

Das vergangene Jahrzehnt eidgenössischer Energiepolitik stand unter dem Zeichen des Kampfes gegen weitere Atomkraftwerke und dem Willen der Idee des Energiesparens zum Durchbruch zu verhelfen. Alles was sich in der eigenössischen Energiepolitik bewegt hat, geht auf die Aktivitäten der Atomenergie-Gegner zurück. Selbst Willi Ritschard, ein AKW-Befürworter, hörte auf ihre Ideen. Ihn brachte der Widerstand gegen den Ausbau der Atomenergie auf

Es kann nun nicht Sache der Energie-Stiftung und ihrer Mitglieder sein, weiterhin eine vernünftige Energiepolitik für Leute zu finanzieren, die selber das grosse Geld haben.

Die SES hat eine wichtige Funktion auszuüben, die über die Tagespolitik hinausgeht. Sie sollte zu einer politisch-philosophischen Denkfabrik werden, die sich jedoch nicht darauf beschränkt, nur kluge Gedanken zu Papier zu bringen, sondern eigentliche Strategien ausarbeitet, wie ihre Erkenntnisse zum Thema Wirtschaft/Oekologie/Energie und menschliche Gesellschaft politisch in die Praxis umgesetzt werden können.

In allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung wird sie Mitglieder werben, die bereit sind, Ideen einzubringen, sie in der eigenen Umgebung zu verbreiten und landesweit wirksam zu machen. Die Energie-Stiftung muss sich auch als Ansprechpartner für jene Kreise in der Wirtschaft bereit halten, die sich jetzt auf den Weg in eine neue Richtung machen. Irgendwann einmal werden ja die alten Figuren, die so viele Jahre die energiepolitische Szene beherrscht und gemanagt haben, abtreten. Auch bei der Elektrowirtschaft werden neue Leute nachrücken. Sie gilt es zu gewinnen. Die Energie-Stiftung hat sich einen Namen geschaffen durch den Ideenreichtum ihrer Mitglieder, durch die Brillanz und Zähigkeit ihrer Geschäftsführerin Ursula Koch, aber auch durch ihre Gesprächsbereitschaft nach allen Seiten.

Das geistige Kapital der Energiestiftung ist es, das sie zu einer Organisation ganz besonderer Art gemacht hat. Dieses Kapital darf auf keinen Fall verschleudert werden. Da sind Pfunde, mit denen gewuchert werden muss.

Toya Maissen



## Rechenkünste und Taschenspielertricks

Dass sich Zahlen manipulieren lassen, ist nichts Neues und Statistiken sind meistens gerade soviel wert, wie ihr Interpretationsspielraum Varianten zulässt.

Eine neue Spielart politischer Rechenkünste präsentiert das Energieforum Schweiz: *45 Prozent = 20 Prozent*, titelte das in Adam Rieses Rechenkünsten so bewanderte Energieforum in seinen Energienachrichten Nr. 6/84.

Originalton: «Zur Ablehnung der Atominitiative: In einzelnen Kommentaren aus Kreisen, die den Initianten nahe stehen, wurde bereits darauf hingewiesen, 45 Prozent der Schweizer hätten sich als Gegner der Kernenergie erwiesen. Das ist natürlich falsch. 45 Prozent jener 40 Prozent, die an die Urne gegangen sind, haben sich gegen die Kernenergie ausgesprochen. Das sind weniger als 20 Pro-

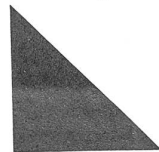
zent der Stimmberechtigten, jene 60 Prozent, die der Urne fernblieben, sind offensichtlich nicht so stark gegen Atomkraftwerke, dass sie dies mit dem Stimmzettel festhalten wollten...»

Die Rechnung hat einen Haken: sie lässt sich leicht umkehren. Das könnte etwa so tönen. Die 55 Prozent der 40 Prozent der Schweizer, die sich für die Atomenergie aussprachen, machen rund 22 Prozent der Stimmberechtigten aus. Die



restlichen 60 Prozent, die nicht an die Urne gingen, haben anscheinend nicht so viel Vertrauen in die Atomenergie, dass sie dies mit dem Stimmzettel festhalten wollten. Sie hatten anscheinend auch nicht viel Vertrauen, dass eine Annahme der Initiative überhaupt etwas ändern würde und enthielten sich deshalb einer Stimmabgabe.

rm



## Abstimmung vom 23. September: Rückblick via Kommentare:

«Das Volk ist und bleibt gespalten. Es ist deshalb unmöglich, den Ausbau der Atomenergie gegen den Willen einer so starken Minderheit weiterzuführen. Die dafür nötige Akzeptanz fehlt. Dies gilt erst recht für das Atomkraftwerk Kaiser-augst. Denn in dieser Region ist der Widerstand grösser denn je.

*Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative, 23. 9. 84.*

«Trotz nach wie vor unüberhörbar schriller Töne der Opposition bestärkt das deutliche Nein zu den beiden Initiativen den Bundesrat in seiner Atom- und Energiepolitik... Die besonnenen Kräfte der Energiepolitik können jetzt bei der Erarbeitung tragfähiger Kompromisse auf den ganz klaren Volkswillen aufbauen, die Energieversorgung auch weiterhin soweit erforderlich auf Kernkraftwerke abzustützen.»

*Schweizerische Vereinigung für Atomenergie, SVA-Bulletin, 28. 9. 1984.*

«Ich betrachte den Entscheid als Bestätigung der Politik der Elektrizitätswirtschaft bezüglich massvollen Weiterausbau der Kernenergie zur eigenständigen Sicherstellung der Stromversorgung mit einer möglichst umweltfreundlichen Energie. Es ist selbstverständlich, dass wir dem sparsamen Einsatz der Elektrizität weiterhin grosse Aufmerksamkeit schenken werden.»

*Franz Josef Harder, Direktionspräsident der NOK, «Thurgauer Zeitung», 24. 9. 1984.*

«Der WWF Schweiz ist erfreut darüber, dass fast die Hälfte der Stimmenden erkannt hat, dass eine Neuorientierung der Werte in unserem Land nötig ist, wenn wir uns nicht von Umweltproblemen katastrophalen Ausmasses überrollen lassen wollen. Der WWF bezweifelt aber, ob unsere Gesellschaft als Ganzes und unsere Regierung in der Lage sind, die Bedeutung dieser rasant wachsenden Probleme zu erkennen...»

*WWF Schweiz, 23. 9. 1984*

«Andererseits gibt es Argumente für einen Energieartikel, mit dem sich, wie sich etwa Bundespräsident Schlumpf ausdrückte, die Grundlage für eine «koordinierte und konsistente Energiepolitik» schaffen liesse. Auf der Seite der Befürworter befinden sich beispielsweise die kantonalen Energiedirektoren, die sich eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen versprechen... Im Blick (darauf eine Energieabgabe), dass uns die weitere Entwicklung zu einer stets rigoroseren Energiepolitik zwingen könnte, spricht einiges dafür, eine neue Verfassungsnorm nicht zu eng zu konzipieren.»

*«Neue Zürcher Zeitung», 14./15. 10. 1984*

Die Elektrizitätswirtschaft sei im Blick auf den Entscheid über die Atominitiative schon seit längerem zuversichtlich gewesen. Aber: «Das Nein zur Energieinitiative ist fast wichtiger als jenes zur Atominitiative, da wir mit einem Ja nicht nur zu einem langjährigen, den Bau grösserer Elektrizitätswerke vollständigen Moratorium gekommen wären, sondern unsere Energiepolitik in einen Dschungel der Gesetzgebung und des Vollzugs hineinmanövriert hätten.»

*«Neue Zürcher Zeitung», 24. 9. 1984*

«Der neueste Ruf nach einem sofortigen Energieartikel ist kontraproduktiv. Bis eine neue Verfassungsrevision unter Dach wäre, würden die Debatten über Jahre weitergehen, die bestehenden Rechtsgrundlagen nur zögernd ausgeschöpft. Es würde einmal mehr gewartet. Die Schweiz braucht eine Redepause; es muss wieder einmal gehandelt werden.»

*Michael Kohn, VR-Präsident der Atel und der Motor Columbus, «Weltwoche», 25. 10. 1984.*

## Kein Grund zur Resignation

«Energie+Umwelt»: Ursula Koch, Du bist seit fünf Jahren Geschäftsführerin der Energie-Stiftung, Du bist Copräsidentin des Initiativkomitees. Seit Jahren beschäftigst Du Dich fast ausschliesslich mit Fragen der Energiepolitik und Du hast im letzten Jahr vor allem auf die Abstimmung hin gearbeitet. Sie ist nun vorbei, beide Initiativen sind abgelehnt worden: out für die Energiestiftung, Scherbenhaufen einer alternativen Energiepolitik?

Ursula Koch:

Nein, dies kann man so nicht sagen. Wenn wir das Abstimmungsresultat analysieren, sehen wir, dass 45 Prozent gewillt sind und wünschen, eine Umkehr in der Energiepolitik einzuleiten und auf Atomkraftwerke zu verzichten. Dies zeigt auch, dass sehr viele Menschen tatsächlich begriffen haben, um was es geht, dass sie einen Bewusstseinswandel vollzogen haben. Und dieses Resultat ist sehr ermutigend, wenn man in Betracht zieht, mit welchen Mitteln das politische und wirtschaftliche Establishment gegen uns arbeitete. Übrigens: während wir zwei Franken pro Stimmbürger ausgegeben haben, investierte die Gegenseite 18 Franken!

Gleichzeitig können wir heute feststellen, dass unsere Gegner vor einer sehr schwierigen Situation stehen, denn die Probleme der Energiepolitik sind nicht gelöst, die Situation ist wie zuvor, nur noch problematischer. Kaiseraugst steht im Raum, kann aber nicht durchgesetzt werden.

Unmittelbar nach der Abstimmung nannte ich den Sieg der Gegenseite einen Pyrrhussieg – diese Aussage wird sich bewahrheiten. In diesem Sinn können wir also nicht sagen, wir stünden vor einem Scherbenhaufen. Wir haben in relativ kurzer Zeit und mit bescheidenen Mitteln recht viel erreicht.

«E+U»: Du hast gesagt, die Situation sei gleich wie zuvor. Wir haben aber eine Abstimmung verloren. Hat es überhaupt noch einen Sinn, dass wir von unserer Seite noch irgendeinen Anlauf in der Energiepolitik machen – oder sollen wir nun den Dingen ihren Lauf lassen, mit dem Bewusstsein, wir haben das Unsere getan, nun schaut selbst, wie ihr da rauskommt?

UK: Erstens: zahlenmässig haben wir die Abstimmung verloren, das stimmt. Aber mit reiner Zahlenarithmetik ist es nicht getan. Diese Abstimmung ist ein wichtiger Mosaikstein in einem ganzen ge-

schichtlichen Umwandlungsprozess, man kann sie nicht einfach isoliert, herausgelöst aus ihrer Zeit und ihrem politischen Umfeld beurteilen. Die Abstimmung hat ihren genauen Platz in diesem Umwandlungsprozess. Den Dingen ihren Lauf lassen? Nein, ich würde sagen: sehr genau beobachten, was läuft, wie unsere Gegner mit ihrem Sieg umgehen und erst eingreifen, wenn die Situation es erfordert. Zum Beispiel Kaiseraugst. Bei Kaiseraugst wird es dann darum gehen, sehr geschickt, sehr klug und sehr kräftig den Widerstand aufrecht zu erhalten.

«E+U»: Bereits haben sich Leute getroffen, um die Lancierung einer neuen Initiative zu diskutieren. Die SES ist nicht dabei. Was hältst Du persönlich davon?

UK: Im Moment finde ich das Lancieren einer neuen Initiative sehr unklug. Aus verschiedenen Gründen ist diese für mich jetzt, im Moment und in der jetzigen Lage, schlechte Politik. Wir sollten erst einmal zuschauen, wie die andern, die sich die jetzige Situation eingebrockt haben, damit umgehen, und wir können abwarten. Das muss man auch können: zuschauen und abwarten.

«E+U»: Unmittelbar vor der Abstimmung diskutierten wir die Frage, wie wir die Resignation nach einem Nein auffangen können. Wir diskutierten auch, wie wir dann wütemachen sollten, welche Formen von politischer Tätigkeit, welche Möglichkeiten politischen Widerstandes überhaupt noch in Frage kämen.

UK: Zu meinem Erstaunen war die Resignation gar nicht so gross. Ich glaube aber schon, dass die meisten nicht bereit wären, nun in die nächste Initiative einzusteigen. Jetzt ist die Zeit des Abwartens.

Zum zweiten: Die Frage des politischen Widerstandes ist eine Grundsatzfrage, die weit über die ganze Problematik Umweltzerstörung und Energie hinausgeht. Wir sind der Meinung, die Demokratie sei die bestmögliche aller Staatsformen. Gleichzeitig aber sehen wir uns einer Politikdekadenz gegenüber. Wir müssen feststellen, dass die Staatsform, die wir als Ideal ansehen, nicht mehr funktioniert. Wir erleben eine Zeit, in der diese Demokratie zu einer Oligarchie verkommt. Die Demokratie ist zu einem leeren Gefäss geworden, es werden nur noch Formen und Gesten aufrechterhalten, der Inhalt aber, die demokratische Gesinnung, ist vor die Hunde gegangen. Abstimmungen sind käuflich geworden. In dieser Situation stellt sich dann die Grundsatzfrage: was machen Menschen, die aus Überzeugung echte Demokraten

sind? Für mich steht erst die Frage fest – Antwort darauf habe ich noch keine. Die Lösungen sind noch weit entfernt, und sie werden nicht leicht zu erarbeiten sein.

«E+U»: Viele tun sich heute sehr schwer mit der Diskussion um das Widerstandsrecht in der Demokratie. Entzündet hat sie sich in der neuesten Zeit an der Umweltzerstörung, am Waldsterben. Weshalb ist es denn so schwer, hier mit dem politischen Apparat etwas zu unternehmen?

UK: Wenn wir die heutige Situation mit früheren geschichtlichen Epochen vergleichen, so zeigt sich ein massgebender Unterschied: Die Ursachen des Zerfalls oder der Ungerechtigkeit – ein Fabrikbesitzer, Herrschaftshäuser, klar lokalisierbare Persönlichkeiten – liessen sich früher feststellen, heute aber kann man nicht einen herausplücken und sagen: der war's.

Denn die Ursache – das sind wir alle. Ein Beispiel: Den Kampf gegen das Waldsterben muss man gegen die Volkshälfte führen, die nicht einsichtig ist. Aber wie soll man das machen? Bei dieser Ausgangslage wird ein klassischer Kampf, à la Gewalttätigkeiten, sinnlos. Die demokratischen Mittel funktionieren aber auch nicht. Was haben wir denn für andere Möglichkeiten? Dies sind ganz riesige Probleme.

Die Realität ist doch, dass die Massenmedien nicht in unseren Händen sind, dass ein «Blick» die andere Richtung predigt, während die Redaktoren wissen, dass sie Fehlinformationen weitergeben und Fehlverhalten fördern.

Da stehen wir doch am Berg. Wir müssen nun darüber nachdenken, wie wir mit dieser Situation fertig werden. Für mich ist dies eine grosse Herausforderung. Eine Krise ist auch immer eine Chance für einen Neuanfang. Deshalb besteht kein Grund zur Resignation. Es ist eine spannende Aufgabe, aber keine einfache. Wir müssen erfinderisch sein: Wie können wir die Leute zur Einsicht bringen, wie sie der Probleme bewusstmachen, ohne Massenmedien, ohne die ganze «Bewusstseinsindustrie»? »

«E+U»: Die Leute zur Einsicht bringen, informieren – könnte hier nicht eine Aufgabe der Energiestiftung liegen, um nun die Diskussionen wieder etwas konkreter werden zu lassen?

UK: Das wäre eine Möglichkeit. Ich glaube, die Energiestiftung hat nur dann eine Berechtigung, wenn sie ihren Blickwinkel öffnet, wenn sie die Energiepolitik in einer viel breiteren Fragestellung einbettet. Aber es stellt sich durchaus auch die Frage, ob die Energiestiftung ihre Arbeit nun getan habe und nun aufgelöst werden kann. Für mich ist diese Frage noch absolut offen, ich bestimme nicht allein darüber, wir werden die Zukunft der Energiestiftung gründlich diskutieren und uns sehr genau überlegen müssen, wie und ob überhaupt weiter. Auch das ist eine spannende Diskussion.